

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**Lesben- und Schwulenverband LSVD**  
**Hülchrather Str. 4**  
**50670 Köln**

## Prüfsteine des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) zur Bundestagswahl 2017

Eine freie Gesellschaft muss allen Menschen garantieren, jederzeit, an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden zu sein. Das ist nur in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft möglich. Dafür tritt der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ein.

### **1. Ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander und Akzeptanz im Alltag stärken!**

---

#### **1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI auch im Alltag an jedem Ort offen und angstfrei leben können?**

Ziel der LINKEN ist eine soziale und gerechte Gesellschaft in der alle Menschen angstfrei und in Würde leben können. Ein angstfreies Leben von LSBTI kann nur gewährleistet werden, wenn vollständige Rechtsgleichheit hergestellt wird und zugleich ein kultureller Wandel befördert wird, dass LSBTI ein gleicher und gleichwertiger Teil der Gesellschaft sind. Dafür streitet DIE LINKE.

---

#### **2. Wie wollen Sie dafür eintreten, dass der Nationale Aktionsplan gegen Homophobie und Transfeindlichkeit klare zeitlich definierte Zielvereinbarungen, belastbare Selbstverpflichtungen der zuständigen staatlichen Stellen und angemessene Haushaltsmittel zur Prävention und Bekämpfung von Homophobie und Transfeindlichkeit umfasst?**

DIE LINKE unterstützt die Forderung eines nationale Aktionsplans gegen Homophobie und Transfeindlichkeit, der stetig mit Betroffenenverbänden weiterentwickelt wird, wo Ziele festgelegt und kontrolliert werden, der wissenschaftlich evaluiert und im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung im Sinne der Intersektionalität ausgebaut wird. Dies kann aus Sicht der LINKEN nur mit einem dauerhaften Haushaltsposten gewährleistet werden. Ziel muss es darüber hinaus sein, eine Sensibilität in den Institutionen herzustellen, Verwaltungen müssen sich wandeln. Eine proaktive Einstellungspolitik gegenüber LSBTI würde hier ein deutliches Zeichen setzen.

---

#### **3. Wie wollen sie von der Bundesebene aus darauf hinwirken, dass in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eine angemessene Thematisierung unterschiedlicher sexueller Orientierungen, geschlechtlicher Identitäten und Familienformen stattfindet, damit LSBTI\* und Kinder aus Regenbogenfamilien die Erfahrung einer frühen Ausgrenzung und Diskriminierung erspart bleibt?**

Der Bund steht in der grundgesetzlichen Pflicht, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Bundesländern zu gewährleisten. Ein Flickenteppich der Diskriminierung/Antidiskriminierung ist damit nicht vereinbar. DIE LINKE sieht Handlungsbedarf z.B. bei einem Runden Tisch mit den Schulbuchverlagen, Initiativen der Kultusministerkonferenz, verstärkten Bemühungen des BMFSJ und einem Ausbau der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Insbesondere sollten die bislang gewonnenen Erfahrungen der Länder bei Initiativen der Bildungs- und Aktionspläne zusammengefasst und Best-Practice-Beispiele den Ländern empfohlen werden. Dies ist ebenfalls mit einem Wandel der Verwaltungen zu verknüpfen.

---

#### **4. Massivste Ausdrucksform von Homophobie und Transfeindlichkeit ist Gewalt. Wie wollen Sie sich für ein Bund-Länder-Programm zur Prävention und Bekämpfung von Hassgewalt sowie eine Gesetzgebung gegen Hasskriminalität einsetzen, die keine Opfer ausschließt, sondern die Motive Homophobie und Transfeindlichkeit ausdrücklich im Gesetzestext (§ 46, § 130 StGB) benennt?**

Hasskriminalität kann nur erkannt werden, wenn diese auch endlich in den Fokus gerät. Hierzu sind aus Sicht der LINKEN in allen Bundesländern eine gesonderte Erfassung von Hasskriminalität mit trans- und homophobem Hintergrund sowie Ansprechpartner bei Polizei und Staatsanwaltschaften erforderlich. Das menschenfeindliche Motiv der Täter muss frühzeitig benannt und den Opfern Unterstützung gewährt werden. Die Staatsanwaltschaften sollten die verwerflichen Motive klar benennen. So kann auch das Motiv bei der richterlichen Bewertung der Straftat zu einem höheren Strafmaß führen.

Bei der ursprünglichen Änderung des §46 StGB (Einfügung von „Rassismus und sonstige menschenverachtende Motive) hatten wir als Fraktion kritisiert, dass es sich hierbei um symbolisches Strafrecht handelt. Schon vor der Reform waren solche Motive bei der Strafzumessung zu berücksichtigen, dies war in der Praxis nur teilweise erfolgt. Die explizite Benennung von Motiven hat in der Praxis bisher kaum Auswirkungen. Rassismus z.B. ist zwar zu berücksichtigen, wird aber von Staatsanwaltschaften und Gerichten schlichtweg nicht erkannt. Dies verdeutlicht, dass es sich hierbei um ein Vollzugsdefizit handelt.

Einem Vollzugsdefizit mit symbolischer Gesetzgebung zu begegnen ist stets problematisch. Es täuscht Problembewusstsein vor,

wo schlicht keines existiert und bietet die Illusion, ein Problem wirksam angegangen zu haben, obwohl zahlreiche weitere Maßnahmen nötig wären. Es handelt sich vorliegend um eine Frage gesellschaftlicher Anerkennung und Sensibilisierung, insbesondere von Richte\*r/innen, Staatsanwält\*innen und Polizeibeamt\*innen. Dafür streitet DIE LINKE. Dazu kommt dringend notwendige Sozialarbeit mit bereits auffälligen Jugendlichen. Die Ächtung von Homo- und Transfeindlichkeit findet nämlich in Teilen der Gesellschaft gar nicht, in der Mehrheit nur oberflächlich statt. Hier muss der Kampf gegen Homo-phobie und Transfeindlichkeit ansetzen und die gesellschaftliche Auseinandersetzung führen.

---

## **2. Endlich "Ehe Für Alle" und volle Anerkennung von Regenbogenfamilien durchsetzen!**

---

### **5. Unterstützen Sie das Recht auf Familiengründung insbesondere durch gemeinsames Adoptionsrecht, Pflegschaft, Reproduktionsmedizin und Modernisierung des Familienrechts?**

Ja, DIE LINKE streitet für die vollständige Gleichstellung im Adoptionsrecht, bei der Pflegschaft, der Reproduktionsmedizin und tritt für eine Modernisierung des Familienrechts ein, die die besonderen Bedürfnisse - im Sinne des Kindeswohls - von Regenbogenfamilien und Patchworkfamilien berücksichtigt, gerade im Hinblick darauf, dass auch mehr als zwei Elternteile gleichwertig die Elternschaft übernehmen können.

---

### **6. Werden Sie die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare durch eine entsprechende Ergänzung in § 1353 BGB durchsetzen?**

Ja, hierzu hat DIE LINKE einen Gesetzentwurf eingebracht, wie schon in den vergangenen Legislaturperioden.

---

### **7. Werden Sie einen Koalitionsvertrag nur dann unterzeichnen, wenn darin die Öffnung der Ehe enthalten ist?**

Da die möglichen Koalitionsoptionen für DIE LINKE begrenzt sind und das Ziel einer sozialen und gerechten Gesellschaft nur von einem Teil der Parteienlandschaft angestrebt wird, können wir hier festhalten, dass bei den möglichen Koalitionsoptionen das Ziel der Öffnung der Ehe im Koalitionsvertrag festgeschrieben werden kann.

---

## **3. Diskriminierung gegen LSBTI\* gesetzlich beseitigen!**

---

### **8. Sind Sie für eine Ergänzung des Gleichheitsartikels unserer Verfassung um das Kriterium der „sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität“?**

Ja, dieses Ziel verfolgt DIE LINKE weiterhin. Sie hat hierzu in der Vergangenheit Gesetzentwürfe eingebracht und wird dies weiterhin tun.

---

### **9. Wie werden Sie intergeschlechtlichen Menschen in unserer Rechtsordnung Selbstbestimmung und rechtliche Anerkennung ermöglichen, d.h. unbürokratisch Alternativen zum Personenstand „männlich“ bzw. „weiblich“ anbieten?**

Geschlechtskosmetische/normierende Operationen vor der Einwilligungsfähigkeit sind aus Sicht der LINKEN umgehend gesetzlich zu unterbinden.

DIE LINKE strebt an, dass alle Menschen frei ihren Vornamen und ihr Geschlecht ohne jegliche Form von Begutachtung rechtlich wählen können. Neben den Kategorien männlich und weiblich sind mit den Betroffenenverbänden weitere Kategorien zu entwickeln.

Das bisherige Transsexuellengesetz wird überflüssig, wenn umfassende gesetzliche Regelungen in den bestehenden Gesetzen geschaffen werden. Das BMFSJ hat hierzu von Prof. Dr. Konstanze Plett ein Gutachten und einen Gesetzentwurf erarbeiten lassen. Dieser ist aus Sicht der LINKEN eine sehr gute Grundlage.

---

### **10. Wie möchten Sie eine Reform des Transsexuellenrechts auf den Weg bringen, die die Würde und Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt und durch die Antragslösung demütigende Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung beseitigt?**

siehe Frage 9

---

### **11. Wie wollen Sie sich für eine Verbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes einsetzen, insbesondere für ein Verbandsklagerecht sowie für die Aufhebung der Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften?**

Das AGG muss ausgebaut werden. Es ist bislang ein zahloser Tiger, da Klagefristen zu kurz (dies betrifft insbesondere

Diskriminierungen in der Probezeit) und nur ein individueller Klageweg möglich sind. Deshalb tritt DIE LINKE für eine Verlängerung der Klagefristen, ein Verbandsklagerecht, den Ausbau der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit einem intensiven Beratungsangebot und einer eigenständigen Klagemöglichkeit sowie die Aufhebung der Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften ein.

---

**12. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass Deutschland auf EU-Ebene seinen Widerstand dagegen aufgibt, LSBTI\* im europäischen Recht den gleichen Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten, wie er bereits hinsichtlich der ethnischen Herkunft oder des Geschlechts besteht?**

Die Blockadehaltung der Bundesregierung auf EU-Ebene gegen einen horizontalen Ansatz bei den Antidiskriminierungsrichtlinien ist falsch. Wenn DIE LINKE an der Bundesregierung beteiligt ist, wird dies nicht geschehen. In der Oppositionsrolle werden wir dies weiterhin kritisieren und Anträge dahingehend einbringen.

**4. Das Recht auf Respekt in allen Lebensaltern verwirklichen!**

---

**13. Wie beabsichtigen Sie, kompetente Aufklärungs-, Beratungs- und Antidiskriminierungsangebote zu sichern, um gezielt Benachteiligungen abzubauen und LSBTI-Jugendliche gegen Vorurteile und Anfeindungen zu unterstützen?**

Die Bildungs- und Aktionspläne der Länder sind fortzuführen und sie müssen in allen Bundesländern implementiert werden. Hier steht der Bund in der Pflicht zu garantieren, dass der Flickenteppich nicht weiter existiert. Die 2009 von Rot-Rot in Berlin gestartete Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und die Akzeptanz sexueller (und geschlechtlicher) Vielfalt“ hat bundesweit Schule gemacht. DIE LINKE setzt sich für den Ausbau und die Weiterentwicklung von Aufklärungs-, Beratungs- und Antidiskriminierungsangeboten ein. Nachholbedarf besteht besonders in der Verzahnung der Angebote im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung und den Gedanken der Intersektionalität.

---

**14. Wie wollen Sie eine angemessene Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von älteren LSBTI in allen Bereichen der Senior\*innenpolitik und der Altenhilfe gewährleisten?**

Nur DIE LINKE tritt für den konsequenten Ausbau des Sozialstaats (z.B. mit einer solidarischen Mindestrente, eine solidarische Bürgerversicherung, Equal Pay und die Abschaffung von Hartz IV) und für Emanzipation ein. Um Altersarmut zu verhindern bedarf muss der Niedriglohnsektor ausgedünnt, Leiharbeit verhindert und der Sozialstaat wieder hergestellt werden. In der Altenpflege bedarf es aus Sicht der LINKEN weiterer Module in der Aus- / und Fortbildung der Mitarbeiter/innen in den Einrichtungen sowie der gezielten Förderung von Leuchtrumprojekten wie dem „Lebensort Vielfalt“ der Schwulenberatung in Berlin. Die Angebote müssen partizipativ entwickelt werden. Hierzu sollten z.B. die Betroffenenorganisationen „Lesben im Alter“ und „Schwule im Alter“ intensiv eingebunden werden.

**5. Eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!**

---

**15. Wie wollen Sie sicherstellen, dass LSBTI Zugang zu einer geschlechter- und diversitätsgerechten Gesundheitsversorgung haben, die sich an den Bedürfnissen orientiert?**

Alle Menschen sollten gleichermaßen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. In der Musterberufsordnung für Ärztinnen und Ärzte heißt es: „Jede medizinische Behandlung hat unter Wahrung der Menschenwürde und unter Achtung der Persönlichkeit, des Willens und der Rechte der Patientinnen und Patienten, insbesondere des Selbstbestimmungsrechts, zu erfolgen.“ Die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität verletzt die Menschenwürde. Schon jetzt sind also Ärztekammern und die Landesbehörden aufgefordert, im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion gegen diskriminierende Behandlung durch Ärztinnen und Ärzte vorzugehen.

Die Politik hat zwar keinen direkten Einfluss auf die Leistungserbringung und auch nicht auf die Berufsordnungen der Ärztekammern. Wir fordern die Bunderegierung aber auf, auf die Bundesärztekammer zuzugehen und auf die Aufnahme eines entsprechenden konkretisierenden Passus' in die Musterberufsordnung hinwirkt, der dann natürlich auch andere Gruppen betreffen kann. Entscheidend bleibt jedoch die Durchsetzung und da sehen wir teils erhebliche Defizite innerhalb der ärztlichen Selbstverwaltung.

---

**16. Wie wollen Sie sich für einen LSBTI-Gesundheitsbericht einsetzen und verstärkt Forschung über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von LSBTI ermöglichen?**

DIE LINKE befürwortet eine verstärkte Forschung über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von LSBTI. Allerdings setzt das eine entsprechende Datenerhebung voraus. Eine flächendeckende Erhebung der sexuellen Identität lehnen wir natürlich ab. Die in den meisten epidemiologischen Untersuchungen übliche Verwendung von medizinischen Abrechnungsdaten fällt allerdings damit aus. Eine gesonderte Datenerhebung wäre vermutlich notwendig und würde die

Untersuchungen erheblich aufwändiger gestalten. Die wünschenswerte Ausweitung der Forschung zu Gesundheit und Versorgung von LSBTI muss abgewogen werden gegen eine möglicherweise für sich schon diskriminierend wirkende Datenerhebung. DIE LINKE befürwortet dazu eine sehr offene Diskussion, denn solche Forschungsvorhaben leben von der Akzeptanz und der Mitwirkung.

---

### **17. Wie wollen Sie die Entpathologisierung von Trans- und Intergeschlechtlichkeit durchsetzen?**

Aufklärung und kultureller Wandel sind hier das A und O. Im Rahmen der von nationalen Aktionsplänen, Kampagnen der ADS, den Bildungsplänen und durch das politische Engagement der politischen Akteure und Institutionen kann der Pathologisierung entgegengewirkt werden. DIE LINKE steht an der Seite von Trans-\* und Inter\*-Menschen. Normalität ist vielfältig und das ist auch gut so.

Wir unterstützen Trans\*Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte Geschlechtsidentität. Das beginnt damit, Trans\*Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten, die geheilt werden muss.

Begutachtungspflicht, Therapiezwang und das gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft werden, wenn es darum geht, Vornamen und Personenstand zu ändern. Stattdessen muss dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt überführt und auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei geregelt werden.

Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden. Im Sinne einer bedürfnisorientierten und präventiven Gesundheitsversorgung brauchen Trans\*Menschen (auch geflüchtete) Zugang zu allen transspezifischen medizinischen, therapeutischen und beratenden Leistungen und eine unbürokratische Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Alle benötigten Leistungen müssen im Katalog der Kostenträger enthalten sein. Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von Beratungsangeboten in Zusammenarbeit mit Trans\*Initiativen ein.

---

### **18. Wie werden Sie sich für ein Verbot von medizinisch nicht notwendigen OPs an Inter\* ohne deren Einwilligung einsetzen?**

Das Verbot muss gesetzlich schnellstmöglich beschlossen werden. Die Änderungen der Ärztlichrichtlinien haben hier keine Wirkung gezeigt.

---

### **19. Wie wollen Sie gegen „Umpolungs-“ oder „Konversionstherapien“ vorgehen?**

Auch hier sollte ein gesetzliches Verbot erlassen werden. Zwar würden auch die bisherigen Gesetze ausreichen, doch sie werden nicht umgesetzt. Die Zunahme gerade rechtsextremistischer Diskurse, die menschenverachtende „Umpolungs“- oder „Konversionstherapien“ fordern, muss hier ein klares Zeichen mit einem gesetzlichen Verbot entgegengewirkt werden.

DIE LINKE betrachtet jeden Versuch, die sexuelle Identität eines Menschen zu verändern, als schweren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Sogenannte Konversionstherapien sind in Deutschland klar illegal. Wir betrachten sie als schwere Verletzung der körperlichen und geistigen Integrität. DIE LINKE fordert, alle Menschen, die solche Behandlungen durchführen, hart zu sanktionieren - erst Recht Ärztinnen und Ärzte, die damit zusätzlich gegen ihre beruflichen Pflichten verstoßen.

Geschlechtsangleichende Operationen müssen in Deutschland auf das unbedingt notwendige Maß reduziert werden. Sie dürfen nur unter sehr strenger medizinischer Indikation stattfinden, etwa weil wichtige biologische Funktionen ansonsten nicht ausgeführt werden können. Der Eingriff hat so wenig eingreifend wie möglich zu erfolgen und darf nie die Geschlechtsangleichung zum Ziel haben. Wir fordern die Ärztekammern und die Landesbehörden auf, ihrer Aufsichtsfunktion gerecht zu werden und Hinweisen auf Rechtsverstöße schnell und umfassend nachzugehen.

---

## **6. Eine LSBTI inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik umsetzen!**

---

### **20. Was wollen Sie tun, damit LSBTI-Geflüchtete vor rassistischen und LSBTI-feindlichen Übergriffen in und außerhalb von Unterkünften besser geschützt werden?**

DIE LINKE tritt für eine Willkommenskultur und gegen Rassismus ein. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus und gegen rassistische Angriffe ist eine Aufgabe aller Demokrat\_innen. Wir müssen die zivilgesellschaftlichen Initiativen unterstützen und dem Rechtsextremismus eine klare Kante zeigen. Straftäter müssen konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

LSBTI-Geflüchtete müssen vor Verfolgung geschützt werden. Zum Schutz vor Übergriffen in Unterkünften oder in Aufnahmeeinrichtungen sind Mitarbeiter\_innen der Einrichtungen, dies betrifft insbesondere das Sicherheitspersonal, besonders zu schulen.

Es hat sich als sinnvoll erwiesen besondere Einrichtungen für LSBTTI-Geflüchtete zu schaffen. Diese Einrichtungen existieren bislang nur in wenigen Städten. Sie müssen aus Sicht der LINKEN bundesweit ausgebaut werden. Gerade restriktive und staatliche Maßnahmen wie die Residenzpflicht sind hier gerade für LSBTI-Geflüchtete hinderlich. Es sollte einen gesonderten Ansprechpartner im BAMF zu dieser Thematik geben, der mit besonderen Befugnissen ausgestattet ist, sodass LSBTI-Geflüchtete umgehend aus einer gefährdeten Situation gelangen.

---

**21. Wie stehen Sie dazu, dass Staaten trotz einer Kriminalisierung einvernehmlicher Sexualität als „sichere Herkunftsstaaten“ gelten bzw. gelten sollen?**

DIE LINKE wendet sich gegen die Charakterisierung von Staaten als „sichere Herkunftsstaaten“ und hat dies immer wieder deutlich gemacht. Auch wendet sich DIE LINKE gegen das Konstrukt innerstaatlicher Fluchtmöglichkeiten oder einem „verstecken“ der sexuellen Identität. Dies ist nicht möglich. LSBTI-Geflüchtete genießen in Deutschland Asyl vor staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung. Hierfür streitet DIE LINKE konsequent.

---

**22. Wie wollen Sie sicherstellen, dass in Integrationsprogrammen und -maßnahmen die Lebenssituation und Nichtdiskriminierung von LSBTI als demokratische Werte vermittelt werden?**

Es ist aus Sicht der LINKEN wichtig, dass die deutsche eine Gesellschaft ist, die auf Offenheit und demokratischen Werten basiert. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass Integrations- und gerade auch die Sprachkurse die Vielfalt und Offenheit der Gesellschaft vermitteln. Hier sollten aus Sicht der LINKEN die Lehrbücher weiterentwickelt werden, denn hier besteht gerade in den Sprachkursen Nachholbedarf.

---

**7. Menschenrechte von LSBTI in der Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik fördern!**

---

**23. Was werden Sie tun, damit Deutschland und die EU in der Auswärtigen Politik und auf diplomatischer Ebene größere Anstrengungen unternehmen für den Menschenrechtsschutz von LSBTI?**

Die deutsche und die EU Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit sollte sich im Hinblick auf die Emanzipation von LSBTI an den Yogyakarta-Kriterien orientieren. Eine verstärkte Verzahnung mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung ist hier aus Sicht der LINKEN geboten. Es muss darauf hingewirkt werden, dass die Kriminalisierung von LSBTI in allen Staaten der Erde abgeschafft wird. Das Soziale und eine emanzipative Entwicklung sollte im Vordergrund stehen. Neoliberale Anpassungsprogramme verschärfen die soziale Ungleichheit und können reaktionäre Gegenbewegungen befeuern.

---

**24. Wie wollen Sie erreichen, dass Deutschland und auch andere Geberländer endlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen für die Unterstützung von LSBTI-Menschenrechtsverteidiger\*innen im Globalen Süden und Osteuropa?**

DIE LINKE fordert den konsequenten Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, allerdings unter der Prämisse, dass dies nicht nach den wirtschaftlichen Paradigmen der Geberländer, also einer Fortführung des neoliberalen Diktats geschieht, bei der die Menschen des Südens in noch mehr Abhängigkeit geraten, so wie dies in Teilen bislang geschieht. Wir fordern Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf eine soziale, gerechte und emanzipatorische Gesellschaft. In den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit muss die Kooperation mit LSBTI-gruppen und Vertreter\_innen verankert werden. Doch nur im Zusammendenken des sozialen und des emanzipativen Gedankens, kann man gerade reaktionären Gegenbewegungen in den Staaten des Südens vorbeugen.

---

**25. Wie beabsichtigen Sie, das diplomatische Personal einschließlich der Botschafter\*innen stärker für die Menschenrechte von LSBTI zu sensibilisieren?**

Der Wandel der Verwaltungen sollte auch hier mitgedacht werden. Weiterbildungen mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung zu Sensibilisierung der Mitarbeiter sind aus Sicht der LINKEN sinnvoll. Des Weiteren bedarf es konsequenten Diversity-Module in der Aus- und Weiterbildung des diplomatischen Personals und um der Hegemonie der Heteronormativität in der Verwaltung entgegenzuwirken bedarf es außerdem einer proaktiven Einstellungspolitik. Um es LSBTI-Mitarbeiter muss aktiv geworben werden.

---

**26. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Arbeit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung langfristig und nachhaltig durch staatliche Mittel abgesichert wird?**

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie sehr gute Arbeit leistet. Eine institutionelle Förderung und ein fester Haushaltsposten sind aus Sicht der LINKEN sinnvoll.